

Wesens und der Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland große Aufmerksamkeit geschenkt und einen wichtigen theoretischen Beitrag zu diesem Problem geleistet.

Auf der 7. Tagung des Zentralkomitees im Dezember 1964 wurde der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland wie folgt eingeschätzt: „In Westdeutschland ist das Hinüberwachen des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus praktisch vollzogen. Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates erreichte eine neue Stufe. Durch die Vereinigung der ökonomischen Potenzen der Monopole mit der politischen Macht des Staates bildete sich ein einheitlicher, auf die Zentralisation aller Kräfte ausgerichteter Machtapparat der stärksten Monopole. Die Folge des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist der schrittweise Ausbau der unmittelbaren Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Gruppen des Finanzkapitals, von der die Arbeiterklasse und alle anderen Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands bedroht werden.“¹⁶

Dem beschleunigten Ausbau dieser Diktatur der aggressivsten finanzkapitalistischen Gruppen dient der Kurs der CDU/CSU auf die „formierte Gesellschaft“. Das Ziel besteht darin, die staatsmonopolistische Herrschaft so auszubauen, daß sie den Belastungen gewachsen ist, die sich aus der verschärften Rüstungs- und Expansionspolitik ergeben. Die Herrschaft des Monopolkapitals soll trotz wachsender Widersprüche im Innern und Äußeren gesichert werden. Es ist, wie auf der 12. Tagung des Zentralkomitees festgestellt wurde, eine Hauptfunktion der formierten Gesellschaft, die grundlegenden Klassengegensätze zwischen Arbeit und Kapital aus dem Bewußtsein der ausgebeuteten Werktätigen zu verdrängen.

Dieser Versuch, der von Erhard noch ohne Beteiligung von sozialdemokratischen Führern an der Regierung unternommen wurde, führte zunächst in den Knäuel wirtschaftlicher und politischer Krisenerscheinungen, die Ende 1966 den Sturz Erhards zur Folge hatten. Die Widersprüche im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands spitzten sich so weit zu, daß eine offene Regierungskrise ausbrach.

Es erwies sich die Richtigkeit der Feststellungen in dem auf dem VI. Parteitag beschlossenen Programm unserer Partei: „Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Schaffung internationaler staatsmonopolistischer Vereinigungen sind nicht in der Lage, die Labilität

¹⁶ Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 2.-5. Dezember 1964, Dietz Verlag, Berlin 1965, S. 47.